



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission
vom: 18. April 2013
zur Vorlage Nr.: [2012-404](#)
Titel: **Wirtschaftsoffensive des Kantons Basel-Landschaft**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an den Landrat

Wirtschaftsoffensive des Kantons Basel-Landschaft

Vom 18. April 2013

1. Ausgangslage

In seinem Regierungsprogramm 2012 bis 2015 räumt der Regierungsrat der Wirtschaftspolitik höchste Priorität ein. Dabei sollen folgende vier Hauptziele erreicht werden:

1. Steigerung des Ertrags aus der Unternehmenssteuer um 50 Prozent bis ins Jahr 2018
2. Schaffung von mindestens drei zentralen Entwicklungsgebieten mit je einem zugeteilten Fokusthema
3. Erarbeitung eines Konzepts und darauf basierendes Standortmarketing
4. Optimierung des Prozesses zur Ansiedlung neuer Unternehmen (Key Account Management)

Diese Ziele sollen durch die «Wirtschaftsoffensive» – ein directionsübergreifendes und direkt dem Regierungsrat unterstelltes Projekt – erreicht werden. Die Wirtschaftsoffensive bezieht sich über den Zeitraum von 2013 bis 2017. Bis im Sommer 2013 wird sie interimistisch von Marc-Andre Giger von der Firma Price Waterhouse Coopers geleitet. Danach soll die Projektleitung definitiv besetzt werden. Bei der vorliegenden Vorlage geht es um die Bewilligung des Projektkredits. Weitere Details können einerseits der [Vorlage](#) entnommen werden und werden andererseits untenstehend aufgeführt.

2. Beratung in der Kommission

2.1. Organisation der Beratung

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission (VGK) beriet die Vorlage an zwei Sitzungen: Am 1. Februar 2013 im Beisein von Regierungsrat Peter Zwick, Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro, Rolf Wirz (Informationsbeauftragter VGD), Michael Köhn (Generalsekretär BUD) und Thomas de Courten (Wirtschaftsförderer VGD) und am 8. März 2013 in Anwesenheit von Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro, Michael Köhn und Olivier Kungler (Generalsekretär VGD). Am 15. März 2013 informierte der Projektleiter a.i. der Wirtschaftsoffensive, Marc-Andre Giger, die VGK detailliert über das Projekt und stand für Fragen zur Verfügung. An dieser Sitzung war auch Olivier Kungler anwesend. Zwischen den ersten beiden Sitzungen wurden noch offene Fragen der VGK durch die Regierung und die Verwaltung schriftlich beantwortet.

2.2. Neue Entwicklungen seit Publikation der Vorlage / Ausführungen der Regierung und Projektleitung

Projektleitung

Seit Publikation der Vorlage im Dezember 2012 ist das Projekt Wirtschaftsoffensive weiter vorangeschritten. So wurde die Projektleitung im Februar 2013 interimistisch an Marc-Andre Giger von Price Waterhouse Coopers vergeben, der das Mandat bis im Sommer 2013 innehat.

Projektorganisation

Der Projektleitung steht ein Projektausschuss vor, der aus Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro, Regierungsrat Isaac Reber und drei Verwaltungsmitarbeitern besteht. Das Projekt soll durch einen Beirat unterstützt werden, dessen Zusammensetzung noch zu definieren ist. Die Wirtschaftsoffensive gliedert sich in folgende Teilprojekte:

1. Bestandespflege und Key Account Management

Mittels eines strukturierten Ansatzes werden die ansässigen Unternehmen kategorisiert und es wird ein Konzept für die Kontaktpflege erarbeitet. Die Kriterien sind unter anderem der Steuerertrag, die Anzahl Arbeitsplätze, die Innovations- und die Exporttätigkeit. Die aktive Kontaktaufnahme mit den hiesigen Unternehmen erfolgt regelmässig. Zu betonen ist die Wichtigkeit der hier ansässigen Unternehmen, sind sie doch nach aussen die wichtigsten Werbeträger. Weitere Aktivitäten dieses Teilprojekts sind die Mediation – so sollen die Unternehmen eine Anlaufstelle haben, die ihre Anliegen rasch bearbeitet – und die Unterstützung von Start-Ups. Bei einem Wegzug von Firmen soll interveniert werden, um die Konsequenzen möglichst zu mildern. Dieses Projekt wird von Thomas de Courten/VGD geleitet.

2. Arealentwicklung

Ziel dieses Projekts ist die Erstellung einer Immobilien-datenbank, mit dem bei einer Anfrage eines potentiellen Investors die vorhandenen Areale schnell abgefragt werden können. Sie umfasst alle möglichen Grundstücke an 37 Standorten im Kanton. Zurzeit konzentriert man sich auf die Entwicklung der drei liquidesten Areale, um ein rasches Handeln zu ermöglichen. Die weiteren Areale

sollen aber ebenso schrittweise weiterentwickelt werden. Die Leitung des Teilprojekts Arealentwicklung liegt bei Martin Kolb/BUD.

3. Bodenpolitik

Das Teilprojekt Bodenpolitik beinhaltet einerseits eine Auslegeordnung und andererseits Überlegungen über allfällige Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Bodenpolitik des Kantons. Heute kauft der Kanton kein Terrain, um später an Investoren weiter zu verkaufen, sichert sich aber Boden für Verkehrsinfrastrukturbauten. Im Weiteren wird kein Land verkauft, sondern dieses wird im Baurecht abgegeben. Nun wird geklärt, ob dies für die Zukunft noch die richtige Politik darstellt. Bis Ende Juni 2013 erstellt Projektleiter Thomas Jung/BUD eine Auslegeordnung als Entscheidungsgrundlage für die Politik.

4. Instrumentarium Steuern und Abgaben/Tax Guide

Ziel dieses Teilprojekts ist die Entwicklung eines Steuerführers (Tax Guide). Damit sollen sich ansiedlungswillige Unternehmen rasch ein positives Bild zum Steuerstandort Baselland machen können. Praktisch alle Kantone kennen einen solchen Steuerführer. In manchen Kantonen wird dieser um weitere Anreize ergänzt. Im Kanton Baselland soll diesbezüglich ein vernünftiger Weg gefunden werden. Bis Ende Juni soll der Tax Guide abgabereif sein. Mit der Leitung dieses Teilprojekts wurde Peter Nefzger/FKD betraut.

5. Vereinfachung der administrativen Prozesse

Der Zweck dieses Teilprojekts ist eine gezielte Erleichterung der staatlichen administrativen Prozesse für ansiedlungs- und gründungswillige Unternehmen. Dabei soll ein «One-Stop-Shop» geschaffen werden: Dies bedeutet, dass ein Prozess definiert werden soll, mittels dem ein interessierter Investor eine Ansprechperson in der Verwaltung hat, welche ihn «an der Hand nimmt» und durch den Verwaltungsprozess führt. Wichtig ist hierbei, dass der gesamte Prozess innerhalb von etwa zehn Tagen abgeschlossen ist, denn die Geschwindigkeit stellt einen zentralen Punkt dar. Im Weiteren beinhaltet dieses Teilprojekt eine Liste mit weiteren administrativen Erleichterungen. Diese Prozesse müssen bis Ende Juni abgeschlossen sein. Die Leitung des Teilprojekts wird von Esther Allemann und Thomas Stocker/beide VGD übernommen.

6. Kundenfreundliche Kommunikationsstrategie

Es ist wichtig, dass der Projektfortschritt kontinuierlich kommuniziert wird. Die entsprechenden Anspruchsgruppen wie der Landrat, die Unternehmen, die Bevölkerung aber auch die Dienststellenleitenden und Verwaltungsmitarbeitenden müssen regelmässig informiert werden. Das Teilprojekt wird von der 2. Landschreiberin Andrea Mäder/Landeskanzlei geleitet.

7. Forschungs- und Innovationsstandort

Zur Stärkung des Forschungs- und Innovationsstandorts muss erst ein Grobkonzept entwickelt werden. Es sind jedoch bereits viele gute Initiativen vorhanden. Dieses Projekt kann noch nicht bis im Sommer 2013 abgeschlossen werden. Die Projektleitung wurde Anja Huovinen/BKSD übertragen.

Diese Teilprojekte sollen zusammen ein Gesamtbild ergeben, welches die Unternehmen im Baselbiet willkommen

men heisst. Dafür ist die Wirtschaftsoffensive in fünf Phasen strukturiert worden:

1. Die *Initialisierungsphase* mit einem Projektplan und einem Projektcontrolling und -Reporting ist weitgehend abgeschlossen.
2. Die Phase der *Voranalyse* ist ebenfalls weitgehend beendet. Sie beinhaltet unter anderem eine SWOT-Analyse und die Aufbereitung des Areal-Portefeuilles.
3. In der Phase *Konzept/Evaluation* geht es um die Definition der Fokusthemen und Handlungsfelder. Es soll bestimmt werden, welche Branchen künftig im Kanton Baselland bestehen sollen. So sollen die Stärken gestärkt werden, gleichzeitig sollen neue Pfeiler geschaffen werden. Das Ziel ist eine Auslegeordnung zuhanden des Regierungsrats. Dann soll untersucht werden, welche Areale zu welchen Themengebieten passen. Mitte April sollen die ersten Handlungsfelder und die Schlüsselareale bekannt sein.
4. In der Phase *Gestaltung* soll ein auf den bisherigen Schritten aufbauendes «Handbuch» zuhanden der Projektleitung erstellt werden. Es soll den Prozess- und die Organisation beschreiben und der definitiven Projektleitung ein praxisorientiertes Arbeiten ermöglichen.
5. Die Phase *Einführung und Abschluss* soll mit einem Abschlussbericht zuhanden des Regierungsrats und der Wahl des definitiven Projektleiters im Sommer 2013 abgeschlossen werden.

2.3. Fragen und Diskussion

Bei der Diskussion in der Kommissionsberatung standen folgende Punkte im Vordergrund:

Verkehrsinfrastruktur

Verschiedene Kommissionsmitglieder betonten die verkehrstechnische Erschliessung der zu entwickelnden Areale. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass sich zu viele flächenintensive Logistikbetriebe niederliessen.

Erinnert wurde im Zusammenhang mit der Finanzierung der Verkehrserschliessung auch an den Wirtschaftsförderungsfonds des Kantons.

Verhandlungen mit und Einbezug der Grundeigentümer

Voraussetzung für das Bereitstellen der Areale sind das Mitmachen der Grundeigentümer sowie die Koordinierung unter den Grundeigentümern. Mehrere Kommissionsmitglieder betonten, der Kanton müsse sich bei der Arealentwicklung in den Verhandlungen mit den Grundeigentümern offensiver verhalten und auch aktiver kommunizieren, in welche Richtung die Entwicklung erfolgen solle. Den Grundeigentümern müsse der Mehrwert durch die Arealentwicklung aufgezeigt werden; dazu gehöre auch die Darlegung, wie viel finanzielle Mittel für diese Entwicklung aufgewendet werden sollen. Der interimistische Projektleiter pflichtete bei, dass es eine Herausforderung darstelle, verschiedene Grundeigentümer zum gemeinsamen Handeln zu bewegen und verschiedene Grundstücke für ein Areal zur Verfügung zu stellen. Umso wichtiger seien das Aufzeigen des Mehrwerts und die Verdeutlichung des politischen Willens.

Zusammenarbeit mit den Gemeinden

Von grosser Wichtigkeit sind auch die Zusammenarbeit

der Wirtschaftsoffensive mit den Gemeinden sowie die Zusammenarbeit unter den Gemeinden. Der Kommission wurde versichert, dass die betroffenen Gemeinden frühzeitig in den Prozess einbezogen würden. Im Rahmen des Mandats von Marc-Andre Giger würden Empfehlungen zum Einbezug der Gemeinden erarbeitet.

Es wurde die Frage nach Konflikten in den Gemeinden mit dem Raumplanungsgesetz gestellt. Gemäss Antwort aus der Verwaltung würden die konkreten Probleme erst ersichtlich werden, wenn die zu entwickelnden Areale bekannt seien. Man gehe aber von keinen unlösbaren Problemen im Rahmen der Raumplanung bzw. des Baugesetzes aus. Zentral sei jedoch der rechtzeitige Einbezug der planungstragenden Gemeinden und der Grundeigentümer.

In diesem Zusammenhang wurden auch die demokratischen Prozesse im Bereich der Bewilligungsverfahren erwähnt. Es wurde festgestellt, dass diese zeitintensiv seien. Umso wichtiger sei deshalb, die Prozesse innerhalb der Verwaltung zu beschleunigen.

Ein Kommissionsmitglied schlug vor, das Bewilligungsverfahren insofern vorzuziehen, als dass im Vorfeld bestimmt würde, was auf welchem Areal gebaut werden dürfe. Damit könnte nur noch in dem im Vorfeld festgelegten Rahmen gebaut werden. Zweck eines solchen Verfahrens wäre eine Verkürzung des Bewilligungsverfahrens auf wenige Tage.

Steuerreduktionen

In der Kommissionsberatung wurde ein Widerspruch zwischen dem Ziel, den Ertrag aus der Unternehmenssteuer um 50 Prozent zu steigern und Steuererleichterungen für neu zugezogene Unternehmen geortet. Die Regierungspräsidentin bezeichnete dies denn auch als «Spagatübung» und erklärte, eine Steuerreduktion sei oft Bedingung für den Neuzuzug eines Unternehmens. Bis Steuererträge anfielen, sei ohnehin eine gewisse Zeit notwendig, weshalb die Steuerreduktionen nicht so sehr ins Gewicht fallen würden. In diesem Zusammenhang verwies sie auch auf die indirekten Steuererinnahmen, die durch Neuanmeldungen entstünden. Der Kommission ist wichtig, dass solche Unternehmen nach Ablauf der Steuerreduktion nicht wieder abziehen oder ihren Steuersitz in einen anderen Kanton verlegen.

Nachhaltigkeit

Im Bereich der Nachhaltigkeit wurden die im Zusammenhang mit einer grossen Ansiedlung neuer Unternehmen stehenden negativen Auswirkungen auf die natürlichen Ressourcen, aber auch auf die Infrastruktur im Allgemeinen genannt. Des Weiteren wurde die Frage aufgeworfen, ob in der Region denn überhaupt genügend Fachkräfte für die neu anzusiedelnden Unternehmen zur Verfügung stünden.

Mehrere Kommissionsmitglieder sind der Ansicht, dass dem Kanton im Bereich der Wohnungspolitik sowie beim Thema verdichtetes Bauen eine koordinierende Funktion zukomme. Das Problem müsse zusammen mit den Gemeinden angegangen werden. Ein weiteres Problem stellen die überhöhten Landpreise im Unterbaselbiet dar.

Für mehr Einnahmen von juristischen Personen sei auch verdichtetes Bauen notwendig, damit sich nicht nur flächenintensive Betriebe mit tiefer Wertschöpfung ansiedeln würden.

Ein Kommissionsmitglied regte an, im Bereich der Logistikinfrastruktur Überlegungen zum Ausbau der Bahn-

infrastruktur, der Autobahn oder der Rheinhäfen (braucht es zwei Rheinhäfen?) anzustellen.

Allgemeine Bemerkungen

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission musste feststellen, dass man entgegen den Erwartungen – und obwohl bereits viele Grundlagen und Daten vorhanden sind – immer noch an der Erarbeitung des Gesamtkonzepts ist. Für einige Kommissionsmitglieder könnte und sollte bereits mit der operativen Arealentwicklung begonnen werden. Demgegenüber heissen es einige Kommissionsmitglieder gut, dass vor der operativen Arealentwicklung erst eine saubere Strategie entwickelt wird.

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission erachtet die schnelle Verfügbarkeit der Areale sowie deren Verkehrserschliessung als essentiell und pocht darauf, diese Aspekte prioritär zu behandeln. Unter Arealentwicklung versteht sie erst einmal die Entwicklung ein paar weniger Gebiete. In einem weiteren Schritt sollen aber weitere Areale dazukommen. Damit es nicht zu einer Verzettelung kommt, hält die Kommission eine saubere Strategie für notwendig. Man freut sich auf die Detailergebnisse des Gesamtkonzepts, welche gemäss Vorlage und Aussagen der Regierungspräsidentin und der Verwaltung der zuständigen Landratskommission im Sommer präsentiert werden sollen.

In diesem Zusammenhang wurde in der Kommissionsberatung zur Diskussion gestellt, eine regelmässige Orientierung der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission zu verankern; da Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro versicherte, die zuständige Kommission sowie den Landrat regelmässig zu informieren, wurde davon abgesehen. Die VGK wird regelmässig eine Orientierung zur Wirtschaftsoffensive traktandieren.

– Eintreten

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

– Detailberatung

Keine Wortbegehren.

3. Antrag

://: Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission beantragt dem Landrat einstimmig mit 11:0 Stimmen (0 Enthaltungen), dem unveränderten Landratsbeschluss zuzustimmen.

Arlesheim, 18. April 2013

*Für die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission:
Peter Brodbeck, Präsident*

Beilage: Landratsbeschluss (unverändert)

Entwurf (unverändert)

Landratsbeschluss

Wirtschaftsoffensive des Kantons Basel-Landschaft

vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der Landrat stimmt der geplanten Wirtschaftsoffensive des Kantons Basel-Landschaft zu.
2. Für die Aufbauphase (Phase 1 und Start Phase 2 gemäss Konzept) im Jahr 2013 werden Ausgaben von CHF 1.5 Millionen bewilligt. Diese sind im Budget 2013 entsprechend eingestellt.
3. Für die Jahre 2014 - 2017 wird ein Verpflichtungskredit von CHF 6 Millionen (1.5 Millionen pro Jahr) bewilligt.

Liestal,

Im Namen des Landrates

Der Präsident:

Der Landschreiber: